

Einschnitt

Die Bundesrepublik nach dem Tod von Franz Josef Strauß

Seine Bayern verabschiedeten ihn wie einen König: mit obligatem Staatsakt in der Residenz und im Triumphtrauerzug zum Siegestor. Die katholische Kirche würdigte ihn wie weiland Ihre Apostolische Majestät. Der Papst persönlich ließ ausrichten, mit Franz Josef Strauß sei „ein großer christlicher Staatsmann“ gestorben. Kardinal Wetter, Münchens Oberhirte, lobte den Christen Franz Josef Strauß, der sein Knie nur vor Gott und sonst niemanden gebeugt habe, dessen kraftvollen Charakter und dessen ganz persönliche, allem Anonymen abholde Autorität. Kardinal Ratzinger, der Präfekt der Glaubenskongregation und für kurze Zeit auch einmal Erzbischof von München, nahm persönlich die kirchliche Beisetzung vor und verabschiedete sich von dem bayerischen Ministerpräsidenten wie von einem Freund: Wie eine Eiche habe der Verstorbene vor uns gestanden; wie eine Eiche sei er gefällt worden, und vielleicht sei es gut so gewesen; denn nun bleibe er allen in Erinnerung als der, der er war: kraftvoll in der Erscheinung und stark im Tun.

Drei Bundeskanzler hat die Bundesrepublik in ihrer bald vierzigjährigen Geschichte beerdigt, aber wohl nur der Tod ihres „Gründungskanzlers“ Adenauer wurde vergleichbar erlebt, und das obwohl der verstorbene bayerische Ministerpräsident ein Staatsamt erster Klasse in dieser Republik nie bekleidet hat. Über eine ganze Woche erstreckte sich die Staatstrauer. Dreimal wurde unter großer Volksbeteiligung pontifiziert: am Freitag (vor dem Staatsakt) im Münchner Liebfrauen-dom (als Konzelebration sämtlicher bayerischer Bischöfe), am Samstag vor der Beisetzung in Rott am Inn und dann am Sonntag noch einmal auf Veranlassung der CSU – ein wahrhaft

seltene Ereignis – auf dem sonst durchweg profanen Zwecken dienenden Münchner Marienplatz.

Die Entfaltung all dieser Trauerfeierlichkeit mit ihrem staatlichen Prunk und ihrem kirchlichen Ritual hatte gewiß nicht nur mit der politisch herausragenden Gestalt des verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten zu tun. Und auch nicht allein mit der Tatsache, daß die bayerische und bundesrepublikanische Öffentlichkeit von einem Mann Abschied zu nehmen hatte, den der Tod als Dreiundsiebzighjährigen noch mitten aus dem politischen Alltag riß und der über Bayern hinaus das Leben der Republik seit ihren Anfängen – in welchen Rollen und auf welche Weise auch immer – mitgeprägt und es dabei trotz seines polarisierenden, viele abstoßenden Temperaments zu hohem und breitem internationalem Ansehen gebracht hat.

Es war wohl auch neben wirklicher Volkstrauer jene aus bayerischer Tradition (noch aus der Wittelsbacher-Zeit) kommende Verbindung von Staat, Kirche und Folklore, aber vor allem von Volk und Staatsrepräsentanten, wie sie in ähnlicher Unbefangenheit in der Bundesrepublik mit ihrem viel gebrocheneren Selbstverständnis sonst nirgends anzutreffen ist. Und Franz Josef Strauß verkörperte mit seiner ganz persönlichen Ausstattung an Volksnähe und öffentlichem Kraftaufwand gewiß wie sonst keiner diese Verbindung, obwohl seltenerweise noch den Verstorbenen so mancher Bayer einen „seltsamen Bayern“ genannt hat.

Die Macht des CSU-Vorsitzenden und auch der Rückhalt in der Bevölkerung – die als Kanzlerkandidat verlorene Bundestagswahl von 1980 machte es endgültig offensichtlich – waren zwar so groß nicht, wie sie in der medialen Öffentlichkeit erschien. Dieter Schröder in der „Süddeutschen Zeitung“ hat es am deutlichsten und zugleich diskretesten gesagt: trotz aller Ausnahmeerscheinung, trotz aller Kraft der Analyse und der politischen Phantasie und auch trotz allen Machtwillens sei Strauß in der Bundesrepublik „mehr Gegengewicht als Gewicht“ geblieben.

Intellekt und Temperament wirkten, da beide groß, zu unkoordiniert, um für ein oberstes Amt im Staat zu prädestinieren. Bei aller Sachkompetenz stabilisierte er das politische Kräfteparallelogramm Bundesrepublik mehr durch den Sand, den er ins Getriebe brachte als – von seinen Ministerzeiten abgesehen und über Bayern hinaus – durch produktive Entscheidungen. Zu sehr auch ließ er sich nicht nur in Affären verwickeln, sondern zogen ihn Affären auch an. Und seine Art, recht zu behalten, beschäftigte nicht nur so manche Partei- und Bundestagssitzung, sondern auch manches Amtsgericht. Großformatiger Politiker aus Einsicht und Leidenschaft ja, aber Staatsmann? Noch die internationale Beteiligung am Münchner Staatsakt zeigte, daß seine auffälligsten „Freunde“ keineswegs die klügsten waren. Und manches, was Strauß außenpolitisch tat, war in der Wirkung oft mehr Selbstdarstellung als Politik zum Nennwert.

Dennoch markiert sein Tod nicht nur für Bayern, sondern für die gesamte Republik einen *Einschnitt*, weil auch der Verlust eines starken Gegengewichts das Gleichgewicht auf unberechenbare Weise verändern kann. Aber verändern in welche Richtung und wie weit? Wird die *deutsche Parteienlandschaft*, die er durch seine Reißbrettidee von der „vierten“ Partei lange in Unruhe versetzte, nun in Bewegung geraten? Betroffen ist sicher die Union und über sie die Bonner Koalition. Manches wird schwerer und manches leichter werden *zwischen* den Unionsparteien. Die *Unionseigenschaft Bayerns* aber wird bleiben, ob sie nun in die bundesrepublikanische Landschaft paßt oder nicht. Die CSU ist dafür auch ohne Strauß selbstbewußt genug. Und sie ist – auch ohne die in der unmittelbaren Umgebung von Strauß politisch Großgewordenen – personell so unversorgt nicht, wie es oft dargestellt wird. Der Übergang könnte sich problemloser gestalten als vermutet, dies zeigte sich schon bei den ersten Akten der Nachfolgeregelung. Fehlen werde der Union, so heißt es, der „Integrator nach rechts“. Aber gerade in dieser Rolle waren, wie u. a. die letzten Landtagswahlen in

Bayern zeigten, seine Möglichkeiten begrenzt. Durch verbale Kraftakte hat er politische Eiferer am rechten Rande mehr aufgewertet als integriert. Mag sein, daß sich nun rechts von der Union einiges neu formiert. Der Union Zukunft wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sie in dieser Auseinandersetzung Profil behält bzw. gewinnt.

Am meisten fehlen wird Strauß der FDP. Er war (vor allem seit Kohl im CDU-Vorsitz) ihr bester Wahlhelfer, ihr wirksamster Stabilisator als Funktionspartei. Sie wird nun ohne ihn ihre Daseinsberechtigung nachweisen müssen. Ob die Wahl Graf Lambsdorffs zum neuen FDP-Vorsitzenden auch schon mit einer ersten Antwort auf die durch den Tod von Strauß neugeschaffene Situation war? Ein durch keine lebende Persönlichkeit wettzumachender Verlust ist Strauß schließlich für die *Medien* und insofern – als Konsumenten medialer politischer Kommunikation und Unterhaltung – natürlich auch für die Gesamtbevölkerung. Keiner hat die Medien so sehr angezogen wie er, keiner konnte durch sie seine fast immer polarisierende Wirkung so sehr verstärken wie Strauß. Ein „Naturereignis“ hat der Bundespräsident, der von allen politischen Köpfen im Lande selbst bei den feierlichsten Anlässen noch am nuanciertesten sprechen kann, den toten CSU-Vorsitzenden genannt. Naturereignisse gibt es nicht jeden Tag. Und das ist gut so. Es bedarf ihrer, aber nicht zu häufig. Die Republik wird in absehbarer Zeit mit Geringerem vorliebnehmen müssen. Aber warum sollte nicht auch Normalität ihre Vorteile haben? se

Entspannung

Erste Früchte der Weltwährungskonferenz

Die gemeinsame Jahrestagung des Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank (Weltwährungskonferenz) während der letzten Septemberwoche in Berlin ging reibungsloser vonstatten und mit mehr Hoffnungen und auch

friedlicher zu Ende, als nach der teilweise hektischen, von Konfrontation gekennzeichneten Vorbereitungszeit erwartet worden war. Die in Berlin agitierenden Protestgruppen hatten ihr Pulver zum Großteil offenbar bereits vor der Tagung verschossen. Die Polizei tat alles, um die Situation unter Kontrolle zu halten. Sie hatte nach dem in Bonn gescheiterten Attentat auf den Finanzstaatssekretär Tietmeyer auch allen Grund dazu. Die Sicherheit der Delegierten, bei deren Unterbringung es zu mancher stillen Kooperation zwischen Berlin-West und Berlin-Ost gekommen war, blieb durchwegs gewährleistet. Vor allem während der nächtlichen Protestkundgebungen griff die Polizei massiv ein, hütete sich aber, ihrerseits die Situation eskalieren zu lassen. So hielt sich die Konfrontation auch auf den Straßen in Grenzen. Außer Klagen über einzelne Behinderungen von Berichterstatern und Bildjournalisten ist auch an Vorwürfen gegen die Polizei nicht viel übriggeblieben.

Noch deutlichere *Entspannungssignale* setzte die Tagung selbst. Sogar zwischen Delegierten und Protestlern, jedenfalls soweit sie durch Argumente und nicht durch Krawalle auf sich aufmerksam machten, sei man sich, so wurde von hohen Vertretern der Weltbank und des IWF mehrfach versichert, in manchen Punkten – auch in der Beurteilung der Verschuldungskrise – näher gekommen, als es nach außen den Anschein gehabt habe. Dies gilt auch im Verhältnis zu der „IWF-Weltbank-Kampagne“ und dem nach dem Italiener Lelio Basso benannten bzw. auf ihn zurückgehenden „Ständigen Volkstribunal“ (Permanent People's Tribunal), die einerseits beide internationalen Finanzinstitutionen als „Totengräber“ der Dritten Welt verurteilten, andererseits sich als Erfolg anrechneten, daß in Berlin über die Verschuldungskrise der Dritten Welt überhaupt gesprochen und nach Lösungen gesucht wurde.

Bedeutender aber waren zumindest die *atmosphärischen* Veränderungen auf der Tagung selbst im Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern. Gerade in der Verschuldungsfrage wurde des Übels Lösung nicht

mehr in der Konfrontation gesucht, sondern in einer *Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen* zwischen den beiden Ländergruppen. Es wurde deshalb sogar von einem besonderen „Klima von Berlin“ gesprochen.

Dies klang zwar, bezogen auf die Gesamtlage vor allem der ärmsten Entwicklungsländer und auf den nur sehr begrenzten Willen der Industrieländer, die Exportchancen der Entwicklungs- und der Schwellenländer („Mittleinkommensländer“) durch den Abbau protektionistischer Maßnahmen zu verbessern, aus dem Munde von IWF-Vertretern übertrieben euphorisch, zumal dieses Klima sich nur in Absichtserklärungen äußerte, Beschlüsse konnten ja nicht gefaßt werden. Aber allein schon die Bereitschaft, Maximalforderungen beiderseits sein zu lassen, kann als ein Fortschritt verstanden werden. Um so sachlicher konnte miteinander geredet werden: Entwicklungsländer stellten ihre Forderung nach totalem Schuldenerlaß zurück bzw. hielten an den Forderungen gar nicht mehr fest. Und bei den führenden Industrieländern war trotz unterschiedlicher Interessenlage und Aufgeschlossenheit der Wille zu erkennen, in der Verschuldungsfrage den Dritte-Welt-Ländern nicht nur symbolisch, sondern – vor allem seitens der Europäer – substantiell entgegenzukommen: nicht nur durch *Teilschuldenerlaß* und durch die Kreditfähigkeit der Entwicklungsländer wieder stärkende *Umschuldungsmaßnahmen*, sondern auch durch Erleichterung der Bedingungen bei der Kreditgewährung.

Auch die Privatbanken haben – durch Regierungsstellen sachte ermahnt – Bereitschaft zum Einlenken signalisiert. Allerdings beschränkt sich die neuerklärte Bereitschaft zum weitgehenden Schuldenerlaß und zur *Überprüfung von Kreditbedingungen* vorwiegend auf die ärmsten Entwicklungsländer. Deren Schulden machen nur einen Bruchteil der Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer aus. Die Mittleinkommensländer können auch künftig auf Entgegenkommen vor allem der Geschäftsbanken nur im Rahmen von vom Welt-